

Märkische Allgemeine vom 22.09.2006

Stadtwerke können loslegen Abgeordnete beschließen Bürgschaft

JÜRGEN RAMMELT

RHEINSBERG Dass die Beschaffung von Geld eine schwierige Angelegenheit ist, mussten am Mittwoch wieder einmal die Rheinsberger Stadtverordneten erleben. In der Sitzung des Parlaments ging es immerhin um drei Millionen Euro. Diese benötigen die Stadtwerke, um eine ihrer Anlagen auf die so genannte ORC-Technologie umzurüsten.

Dahinter verbirgt sich die Stromerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen, die vom Staat gefördert wird. So wird die Abnahme des Stroms zu festgelegten Preisen garantiert, was bei den Stadtwerken zu Einnahmen führt. Das Geld könnte so zur Abgeltung laufender Kredite und zur Zinstilgung verwendet werden. Am Ende könnte sogar ein Gewinn für die Stadt abfallen.

Im Dezember hatten die Stadtverordneten für die Höhe der benötigten Summe eine Bürgschaft beschlossen. Da die Stadt jedoch hoch verschuldet ist und selbst für das laufende Jahr noch keinen bestätigten Haushalt vorweisen kann, hatte die Kommunalaufsicht dem Beschluss ihren Segen verweigert.

Um trotzdem zum Ziel zu kommen, fanden in der Vergangenheit zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Ministerien, der Banken, der Stadt und der Kommunalaufsicht statt, erläuterte am Mittwoch Rheinsbergs Bürgermeister Manfred Richter den Stadtverordneten. Im Ergebnis dieser Gespräche ist der Beschluss entstanden, über den wir heute zu entscheiden haben, erklärte der Bürgermeister.

Neu ist, dass jetzt die Stadtwerke Kreditnehmer sind und die Stadt eine Ausfallbürgschaft übernimmt, falls etwas schief geht. In dem Beschluss wurde jedoch auch deutlich gemacht, dass selbst Fachleute und die Investitionsbank des Landes davon ausgehen, dass das Risiko für die Stadt vertretbar ist, wenn die Holzpreise nicht drastisch steigen.

Im Beschluss wurde festgelegt, dass die Stadt Rheinsberg von den Stadtwerken eine Bürgschaftsprovision in Höhe von 0,5 Prozent des Bürgschaftsbetrages erhält. Außerdem darf sich die Kommune auf eine Einmalzahlung bei der Bürgschaftsübernahme und auf einen noch festzusetzenden Betrag im kommenden Jahr

freuen.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann über die kreditgebende Bank beraten und entschieden. Dazu hatte die Stadt vier Angebote eingeholt. Neben der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) waren das die Sparkasse Ostprignitz-Ruppin, die DG Hyp und die Deutsche Kreditbank. Den Zuschlag erhielt die ILB.

Der Bürgermeister wurde per Beschluss ermächtigt, die Bürgschaftserklärung zugunsten der Investitionsbank abzugeben und die Provisionsvereinbarung mit der Stadtwerke GmbH abzuschließen.

Quelle Märkische Allgemeine vom 22.09.2006

Dokumentnummer 2006092227148

Dauerhafte Adresse des Dokuments: http://www.genios.de/document/MAER__2006092227148

Alle Rechte vorbehalten: (c) Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbh Potsdam



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH